

Politische Impulse für wirtschaftliche Entwicklung, effektive Investitionssteuerung und öffentliche Einnahmen

Politische Impulse für wirtschaftliche Entwicklung, effektive Investitionssteuerung und öffentliche Einnahmen

Zusammenfassung:

Wir werden die kleinteilige Klientelpolitik des Senats bei der Belegung des Sondervermögens beseitigen und einen strategischen Plan für die Sanierung Berlins erarbeiten. Berlin braucht dazu auch eine „Agentur Strategische Investitionen“, um den massiven Investitionsstau sowie die klimaneutrale Transformation endlich effizient zu steuern. Da dem Land bisher ein wirksames Instrumentarium zur Koordinierung fehlt, soll diese zentrale Instanz mit Expertise in Technik und Controlling die Investitionen der Landesunternehmen bündeln und technologische Impulse setzen. Eine solche Agentur verhindert, dass sich öffentliche Akteure bei knappen Marktkapazitäten gegenseitig die Preise treiben, und sichert durch abgestimmte Strategien – beispielsweise bei der Dekarbonisierung der Fernwärme – echte Skaleneffekte. Dass der Senat zudem darauf verzichtet, Einnahmepotenziale auszuschöpfen, und sich nicht für die Wiederinkraftsetzung der Vermögensteuer einsetzt, die Berlin laut einer aktuellen Studie jährlich rund 5,5 Milliarden Euro einbringen könnte, ist eine fatale Unterlassungssünde zulasten der Zukunft unserer Stadt.

Die deutsche Wirtschaft schwächelt, was nur zum Teil an äußeren Faktoren liegt. Berlin hingegen kam deutlich besser durch den Corona-Knick und ist das seit 2020 wirtschaftlich am stärksten wachsende Bundesland. Die Politik muss diese Entwicklung unterstützen. Neben anderem kann die effektive Steuerung der öffentlichen Investitionen hier Impulse setzen.

Schwache Wirtschaftsentwicklung in der Bundesrepublik

Die deutsche Wirtschaft entwickelt sich schwach. Gemessen am BIP stagnierte die Bundesrepublik 2023 bis 2025 etwa auf dem Niveau des Jahres 2019. Die Gründe dafür liegen zum Teil jenseits des direkten nationalen Politik-einflussbereichs, wie bei der Corona-Pandemie, dem anhaltenden Angriffskrieg auf die Ukraine oder den jüngsten Zolleskapaden des amerikanischen Präsidenten. Dies führt einerseits zu Preissteigerungen und andererseits zu Verunsicherungen auf den internationalen Märkten. Das deutsche Exportmodell ist in der Krise. Gleichzeitig drücken steigende Preise bei Energie, Rohstoffen und Materialien und für die Lebenshaltung auf Konsum und Investitionen bei Unternehmen und Privathaushalten.

Andere Gründe könnten hingegen von der hiesigen Politik angegangen werden. Der Investitions- und Modernisierungsstau macht die Bundesrepublik mehr und mehr als Wirtschaftsstandort unattraktiv. Es bedarf umfassender Modernisierungs- und Instandhaltungsarbeiten bei Straßen, Brücken, Schienenwegen, Kanälen sowie Universitäten, Krankenhäusern und Schulgebäuden. Hinzu treten große Bedarfe in den Feldern Digitalisierung und dem Wandel zur klimaneutralen Wirtschaft und Gesellschaft. Insgesamt wird bundesweit ein Investitionsbedarf von ca. 600 Milliarden Euro gesehen. Hier sind im Bund mit dem Sondervermögen Akzente gesetzt worden. Um notwendige Modernisierung der Infrastruktur nachhaltig zu finanzieren, braucht es darüber hinaus aber dringend mindestens eine umfassende Reform der Schuldenbremse als auch die Bereitschaft, ausländische Tech-Unternehmen sowie große Vermögen endlich mehr zur Kasse zu bitten.

Berliner Wirtschaft entwickelt sich im Vergleich besser

Schaut man sich die wirtschaftliche Entwicklung der vergangenen fünf Jahre an, so muss man feststellen, dass Berlin nicht nur erheblich besser durch die Corona-Krise gekommen ist als alle anderen Bundesländer, sondern auch nach 2020 wirtschaftlich am stärksten gewachsen ist und damit an die gute Entwicklung in den Jahren vor der Corona-Krise anknüpft. Die Branchen, die am meisten zu dieser positiven Entwicklung beigetragen haben, sind Gastgewerbe, Information und Kommunikation, die seit 2020 um fast 30 % gewachsen sind. Diese Entwicklung gab es so in keinem anderen Bundesland. Auch die Produktivität pro Kopf hat in keinem anderen Bundesland so sehr zugenommen, wie in Berlin. Aktuell gibt es keine Gründe davon auszugehen, dass diese positive Entwicklung in naher Zukunft ein abruptes Ende nehmen wird.

Gleichwohl muss eine solche wirtschaftliche Entwicklung weiter politisch unterstützt werden. Wir wollen dafür Impulse setzen.

Basis für wirtschaftliche Entwicklung: Berlin als Wissens- und Lebensort

Die Stärke von Wissenschaft und Forschung, die Attraktivität Berlins als Wohn- und Lebensort, die Potentiale Berlins als Ort der Vielfalt, der Vernetzung und der kreativen Nischen sind entscheidend für die wirtschaftliche Entwicklung Berlins. Aber diese Qualitäten sind nicht für immer gesichert. Die Politik muss darauf gerichtet sein, sie weiterzuentwickeln.

Deshalb braucht es auch aus wirtschaftspolitischer Sicht **bezahlbaren Wohnraum, eine saubere, funktionierende und soziale Stadt** mit guten und verfügbaren Betreuungs- und Bildungsangeboten und einer belastbaren Verkehrsinfrastruktur. Das ist die Grundvoraussetzung dafür, dass Arbeitnehmende gerne hier leben. U.a. der Mangel an bezahlbarem

Wohnraum in Berlin führte dazu, dass in den vergangenen Jahren viele Menschen ihren Wohnsitz in den Brandenburger Speckgürtel Berlins verlagert haben. Das geht mit großen Steuereinbußen für Berlin einher. Die Zahl der Erwerbstätigen in Berlin liegt indes seit der Wiedervereinigung aktuell auf einem Höchststand.

Wissenschaft und Forschung müssen in Berlin gestärkt werden. **Der Investitionsstau bei den Universitäten und Hochschulen muss abgebaut werden** und darüber hinaus auch die Forschung wieder gestärkt werden. Gerade in Zeiten, in denen renommierte Wissenschaftler aus den USA bereit sind, sich eine neue Forschungsheimat zu suchen, kann dies einen erheblichen Standortvorteil bedeuten.

In den letzten 15 Jahren ist der oft versprochene Wandel zu einer Dienstleistungsmetropole tatsächlich eingetreten, auch wenn die Zentralisierung von Funktionen in der Hauptstadt hier viel schwächer ausgeprägt ist als in anderen Ländern.

Wirtschaftliches Wachstum hilft der Stadt dann besonders, wenn es mit einer **stabilen Einkommensentwicklung breiter Teile der Bevölkerung** einher geht und nicht etwa auf prekärer Beschäftigung beruht. Wirtschaftsförderung oder Beschaffungen und Investitionen des Landes sollen deshalb weiterhin klar an Bedingungen, wie Tarifbindung, Standorterhalt und ökologische Standards gebunden werden.

Die Forderung, den bürokratischen Aufwand und **bürokratische Hemmnisse abzubauen**, ist nicht nur populär sondern auch oft nachvollziehbar. Sie muss aber konkret diskutiert und im Einzelnen untersetzt werden, wenn sie nicht nur Floskel sein soll. Gerade als Universalbegründung für den Abbau von sozialen, demokratischen und ökologischen Standards taugt sie nicht. Es ist immer zu prüfen, inwieweit öffentliche Ziele den aktuellen bürokratischen Aufwand rechtfertigen oder auch mit weniger zu erreichen sind.

Mit Blick auf die Verwaltung geht es darum, **Verfahren und Entscheidungsprozesse transparenter zu machen, Ämter zu digitalisieren** sowie eine gute Erreichbarkeit zu garantieren und dort, wo es sinnvoll ist, Mehrfachanträge oder penible Einzelfallprüfungen durch pauschale Lösungen zu reduzieren oder sogar zu vermeiden.

Gerade in einer verdichteten Metropole ist die Flächenfrage entscheidend für Bestandsunternehmen und wirtschaftliche Entwicklung. Dies gilt insbesondere für die Industrie und das verarbeitende Gewerbe. Planungsrechtliche Sicherung und Entflechtung von anderen Nutzungen allein kommen hier an Grenzen. Ein kluges, zentral koordiniertes Flächenmanagement, das auch die Lösung im Einzelfall im Blick hat, muss hinzutreten, um Gewerbe zu sichern und auch Geschäftserweiterungen und Ansiedlung zu ermöglichen.

Für die lokale Wertschöpfung sind Industrie und verarbeitendes Gewerbe nach wie vor wichtig. Deshalb muss das politische Augenmerk weiter darauf liegen und Formate wie etwa der Industriedialog gemeinsam mit den Gewerkschaften müssen gestärkt werden. Um die privaten Investitionen in Berlin zu fördern, brauchen wir auch Regelungen im Sinne einer Local-Content-Strategie.

Öffentliche Investitionen

Öffentliche Nachfrage oder öffentlich induzierte Nachfrage zumal durch Investitionen können insbesondere in Krisenzeiten ein Motor der wirtschaftlichen Entwicklung sein.

Dabei geht es allerdings nicht nur um hohe Zahlen, sondern vor allem um kluge Steuerung.

Das Land investiert nominell inzwischen in steigendem Umfang. Inklusiv der Nachtragshaushalte lag die Investitionsquote seit 2020 stets um die zehn Prozent, im gerade beschlossenen Doppelhaushalt 2026/27 sogar bei 13 Prozent.

Dieser Aufwuchs kommt auch durch das Bundessondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität zustande. Er wird verstärkt durch die Investitionen der Landesunternehmen oder über die Landesunternehmen etwa im Rahmen der Schulbauoffensive, des Wohnungsbaus oder des Klimapaktes. Auch wenn die Investitionen hinter dem von der IBB ausgemachten Investitionsbedarf von 109 Mrd. Euro zurückbleiben, repräsentiert dies einen erheblichen Investitionsumfang und eine relevante investive Nachfrage. Eine vernünftige, die einzelnen Akteure koordinierende, mittelfristig ausgerichtete Investitionsstrategie, die sich um die Effektivität dieser Investitionen kümmert, gibt es hingegen nicht.

Das gilt auch für die 5,2 Mrd. Euro die dem Land in den nächsten 12 Jahren aus dem **Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität** des Bundes zur Verfügung stehen. Hier hat die Koalition schon mal versucht, das Geld zu verteilen. Statt mit Blick auf den 12-Jahres Programmzeitraum die Mittel strategisch auf die Entwicklung der Infrastruktur zu konzentrieren, verteilt die Koalition zu großen Teilen Geschenke und verspricht Einzelmaßnahmen – ein Polizeiauto hier, eine Drohne dort, ein Fernlenkmanipulator, ein paar Videokameras, eine IT-Lösung, eine Rate für das Naturkundemuseum usw. Zudem hat die Koalition, die Kostensteigerungen, die es in den 12 Jahren unweigerlich geben wird, ignoriert. Schon allein deshalb ist die **Belegung durch Schwarz-Rot** weitgehend **Makulatur**.

Der Kassensturz, den wir nach der Wahl brauchen, wird auch die Belegung des Sondervermögens betreffen müssen. Sie wird an eine Konsolidierungsstrategie und eine Prioritätensetzung über den Gesamt-HH angepasst werden müssen.